



BEBAUUNGSPLAN

Projekt/Maßnahme/Objekt  
**BEBAUUNGSPLAN "AUF DER STEIG - NEUFASSUNG", ORTSGEMEINDE TRIPPSTADT**



Auftraggeber  
**ORTSGEMEINDE TRIPPSTADT**

Inhalt  
**BEBAUUNGSPLAN**

Gezeichnet/Datum	Geprüft/Datum	Maßstab	Blattgröße	Plan-Nr.
VATTER 09/10	STREY 09/10	1 : 1000	1.16 x 0.45	<b>735-BP-Se</b>
Index	Änderungen	Geändert/Geprüft		Datum
a	Herausnahme der Nutzungsschablone 2 u. private Grünfläche	VATTER / STREY		15.12.2010
b	Ergänzung von Pflanzsteifen, Sträuchern und Bäumen	VATTER / STREY		05.04.2011
c	Änderungen gemäß TÖB	VATTER / STREY		Juli 2011
d	Offenlageexemplar	VATTER / STREY		29.08.2012
e	Satzungsexemplar	VATTER / STREY		02.05.2013

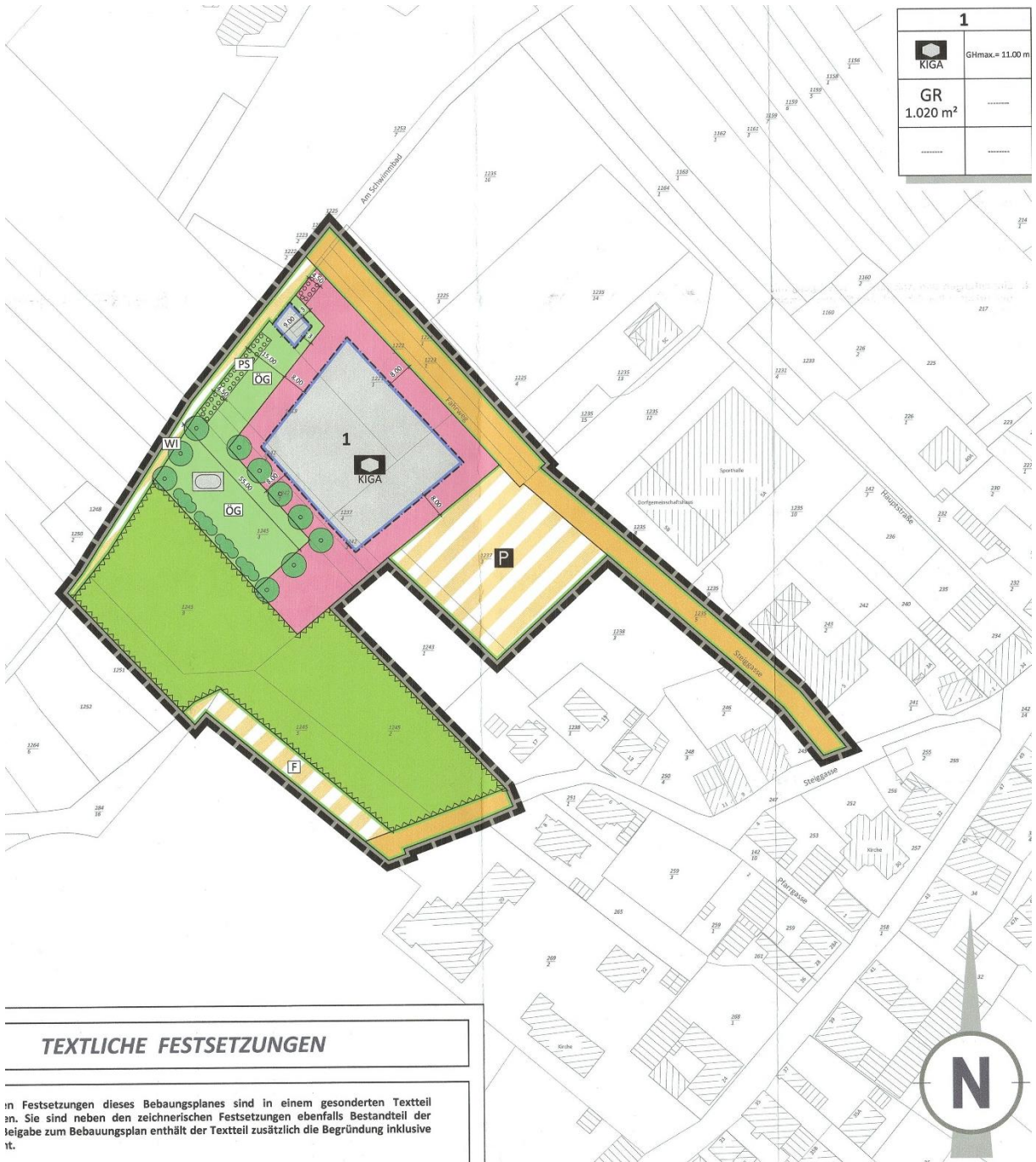
**WSW & PARTNER GMBH**


Planungsbüro für Umwelt | Städtebau | Architektur  
 Hertelsbrunnenring 20 | 67657 Kaiserslautern | T 0631.3423-0 | F 0631.3423-200  
 kontakt@wsw-partner.de | www.wsw-partner.de

# ÜBERSICHTSLAGEPLAN ohne Maßstab




(c) copyright der TK 25.000: Landesvermessungsamt Rheinland-Pfalz



<b>1</b>	
 KIGA	GHmax.= 11.00 m
<b>GR</b> 1.020 m <sup>2</sup>	-----
-----	-----

**TEXTLICHE FESTSETZUNGEN**

In den Festsetzungen dieses Bebauungsplanes sind in einem gesonderten Textteil festgesetzt. Sie sind neben den zeichnerischen Festsetzungen ebenfalls Bestandteil der Festsetzung zum Bebauungsplan enthält der Textteil zusätzlich die Begründung inklusive Begründungstext.

<b>1</b>	
 KIGA	GHmax.= 11.00 m
<b>GR</b> 1.020 m <sup>2</sup>	-----
-----	-----

# PLANZEICHEN nach der PlanzV90


## 2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16 BauNVO)

- GR Grundfläche GR mit Flächenangabe
- GHmax. Maximale Gebäudehöhe



## 3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO)

-  Baugrenze
-  Nicht überbaubare Grundstücksflächen
-  Überbaubare Grundstücksflächen

### Nutzungsschablone (beispielhaft)

Art der baulichen Nutzung	Maximale Gebäudehöhe	 KIGA	GHmax.= 11.00 m
Grundfläche GR mit Flächenangabe	-----	GR 1.020 m <sup>2</sup>	-----
-----	-----	-----	-----



## 4. Einrichtungen und Anlagen zur Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des öffentlichen und privaten Bereichs, Flächen für den Gemeinbedarf, Flächen für Sport- und Spielanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 5 und Abs. 6 BauGB)

-  Flächen für den Gemeinbedarf
-  Zweckbestimmung: Kindergarten

## 6. Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)

-  Straßenverkehrsflächen
-  Straßenbegrenzungslinie
-  Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung
-  Zweckbestimmung: Öffentliche Parkfläche
-  Zweckbestimmung: Wirtschaftsweg
-  Zweckbestimmung: Fußweg

## 9. Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)

-  Öffentliche Grünflächen
-  Zweckbestimmung: Bolzplatz

## 12. Flächen für die Landwirtschaft und Wald (§ 9 Abs. 1 Nr. 17 und Abs. 6 BauGB)

-  Flächen für die Landwirtschaft

## 13. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB)

Anpflanzungen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 und Abs. 6 BauGB)

-  Anpflanzen von Bäumen (geringe Standortverschiebung möglich)
-  Anpflanzen von Sträuchern
-  Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchstabe a) und Abs. 6 BauGB)

### 15. Sonstige Planzeichen



Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans (§ 9 Abs. 7 BauGB)



Umgrenzung der Flächen, die von der Bebauung freizuhalten sind (§ 9 Abs. 1 Nr. 10 und Abs. 6 BauGB)



Maßangaben in Meter

### 16. Planzeichen zur Darstellung des Bestandes



Hauptgebäude/Nebengebäude



Grundstücksgrenze



Flurstücksnummer

## TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

Die Textlichen Festsetzungen dieses Bebauungsplanes sind in einem gesonderten Textteil wiedergegeben. Sie sind neben den zeichnerischen Festsetzungen ebenfalls Bestandteil der Satzung. Als Beigabe zum Bebauungsplan enthält der Textteil zusätzlich die Begründung inklusive Umweltbericht.

## BEBAUUNGSPLAN „AUF DER STEIG – NEUFASSUNG“

- TEXTLICHE FESTSETZUNGEN -  
- BEGRÜNDUNG MIT UMWELTBERICHT -

Hat vorgelegen  
Kaiserlautern, den 29.5.2012  
Kreisverwaltung



1.7.05

## **TEXTLICHE FESTSETZUNGEN**

### **1 BAUPLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN**

#### **1.1 Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)**

##### **1.1.1 Flächen für den Gemeinbedarf (§ 9 Abs. 1 Nr. 5 BauGB)**

###### **-Zweckbestimmung „Kindergarten“**

Innerhalb der festgesetzten Fläche für den Gemeinbedarf ist die Errichtung eines Kindergartens einschließlich aller erforderlicher Nebenanlagen und Stellplätzen zulässig.

#### **1.2 Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. §§ 16 und 17 BauNVO)**

##### **1.2.1 Höhe baulicher Anlagen (gem. §§ 16, 18 BauNVO)**

###### **1.2.1.1 Gebäudehöhen (GH)**

Als Bezugspunkt für die festgesetzten Regelungen zu den Gebäudehöhen gilt der Schnittpunkt des aufgehenden Wandteils (Außenhaut) mit der Oberkante Fertiggelände am tiefst gelegenen Punkt des Gebäudes.

Die maximale Höhe der Gebäude wird innerhalb des Bebauungsplanes auf 11 m festgelegt.

###### **1.2.1.2 Grundfläche GR (gem. 19 BauNVO)**

Für den Kindergarten wird ein Grundfläche GR von 1.020 qm festgesetzt.

#### **1.3 Bauweise, überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksfläche sowie die Stellung der baulichen Anlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)**

##### **1.3.1 Baugrenzen (§ 23 Abs. 3 BauNVO)**

gemäß den Regelungen des § 23 Abs. 3 BauNVO

Die überbaubaren Grundstücksflächen werden per Baugrenze gem. § 23 Abs. 3 BauNVO festgesetzt.

#### **1.4 Flächen, die von der Bebauung freizuhalten sind (§ 9 Abs.1 Nr. 10 BauGB)**

Flächen, die von der Bebauung freizuhalten sind werden gemäß den Einträgen in der Planzeichnung festgesetzt.

## **1.5 Verkehrsflächen und Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)**

Verkehrsflächen und Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung sowie Verkehrsbegleitgrün werden gemäß den Einträgen in der Planzeichnung festgesetzt.

## **1.6 Grünflächen (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)**

### **1.6.1 Öffentliche Grünfläche – Bolzplatz**

Innerhalb der festgesetzten öffentlichen Grünfläche ist die Errichtung von Sportanlagen, hier Bolzplatz -sowie eine Hütte zur Freizeitgestaltung mit Nebenanlagen zulässig.

## **1.7 Festsetzungen für das Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB)**

### **Pflanzenauswahl**

Bei der Bepflanzung der unbebauten Grundstücksflächen des Kindergartens, des Pflanzstreifens PS und den öffentlichen Grünflächen ÖG sind standortgerechte Pflanzenarten gem. der beiliegenden Pflanzenlisten oder vergleichbare Arten zu wählen. Bei Bäumen beträgt der Mindeststammumfang, gemessen in 1 m Höhe mindestens 14–16 cm, bei Heistern ist eine mindestens zweimal verpflanzte Ware mit einer Höhe von 1,25 m bis 1,50 m zu verwenden; bei Sträuchern eine mindestens zweimal verpflanzte Ware mit einer Mindesthöhe von 80 cm bis 100 cm. Die Pflanzung von Koniferen ist nicht zulässig.

### **Kindergarten**

Die nicht überbaubare Grundstücksfläche des Kindergartens ist mindestens zu 25% mit Gehölzen zu bepflanzen. Die Gehölze sind vorzugsweise aus der Pflanzenliste auszuwählen.

Je 250 m<sup>2</sup> Gemeinbedarfsfläche ist mindestens ein hochstämmiger Laubbaum oder ein Obsthochstamm gemäß der Pflanzenverwendungsliste zu pflanzen und dauerhaft zu unterhalten. Die in der Planzeichnung lagemäßig festgesetzten Baumpflanzungen werden dabei in Anrechnung gebracht.

Vorhandener Baumbestand, der in der Planung integrierend erhalten werden kann, wird ebenfalls in Anrechnung gebracht.

### **Pflanzstreifen PS**

Innerhalb des entlang der nördlichen Grenze der öffentlichen Grünfläche (ÖG) festgesetzten Pflanzstreifens sind Bäume und Sträucher im Raster von 1,5 x 1,5 m anzupflanzen. Die Pflanzung ist vom nördlich angrenzenden Wirtschaftsweg nach Süden hin stufig aufzubauen. Je 30 lfdm des Pflanzstreifens sind mindestens 2 Bäume 2. Ordnung zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Bereits vorhandene Bäume sind zu erhalten und werden auf die festgesetzte Pflanzdichte angerechnet.

### **Baumreihe nördlich d. Bolzplatzes**

Entlang der Nordgrenze der öffentlichen Grünfläche, Zweckbestimmung „Bolzplatz“ sind entsprechend der Darstellung in der Planzeichnung drei Laubbäume vorzugsweise aus beiliegenden Empfehlungslisten zu pflanzen und dauerhaft zu unterhalten.

### **Baumreihe im Westen des Kindergartengrundstücks**

Entlang der westlichen und südwestlichen Grenze der Gemeinbedarfsfläche, Zweckbestimmung „Kindergarten“ sind entsprechend der Darstellung in der Planzeichnung sieben Laubbäume vorzugsweise aus beiliegenden Empfehlungslisten zu pflanzen und dauerhaft zu unterhalten.

### **Strauchreihe im Westen des Bolzplatzes**

Die im Zuge der Herstellung der Bolzplatzfläche auf der westlichen Seite zu den angrenzenden Ackerflächen entstehende Böschung ist dicht mit Sträuchern vorzugsweise aus beiliegenden Empfehlungslisten zu bepflanzen und dauerhaft zu unterhalten.

### **PFLANZENLISTEN**

<b>Bäume 1. Ordnung</b>	<b>Bäume 2. Ordnung</b>
Spitz-Ahorn (Acer platanoides)	Feld-Ahorn (Acer campestre)
Berg-Ahorn (Acer pseudoplatanus)	Hainbuche (Carpinus betulus)
Gewöhnliche Esche (Fraxinus excelsior)	Edelkastanie (Castanea sativa)
Trauben-Eiche (Quercus petraea)	Vogel-Kirsche (Prunus avium)
Stiel-Eiche (Quercus robur)	Trauben-Kirsche (Prunus padus)
Winter-Linde (Tilia cordata)	
<b>Sträucher</b>	
Roter Hartriegel (Cornus sanguinea)	
Hasel (Corylus avellana)	
Gemeine Heckenkirsche (Lonicera xylosteum)	
Wild-Apfel (Malus sylvestris)	
Wild-Birne (Pyrus communis)	
Feld-Rose (Rosa arvensis)	
Echte Hundsröse (Rosa canina)	
Schwarzer Holunder (Sambucus nigra)	
Kornell-Kirsche Cornus maas	
Schlehe Prunus spinosa	
Wein-Rose Rosa rubiginosa	



**Kleinbäume sowie mittelgroße Bäume mit Kronenbreite < 10 m (bei beengten Wuchsverhältnissen/ klein dimensionierten Straßenräumen):**

---

Echter Rotdorn	<i>Crataegus laevigata</i> 'Pauls Scarlet'
Kegel-Feldahorn	<i>Acer campestre</i> 'Elsrijk'
Gefüllte Vogel-Kirsche	<i>Prunus avium</i> 'Plena'
Kugel-Esche	<i>Fraxinus excelsior</i> 'Globosa'
Pyramiden-Hainbuche	<i>Carpinus betulus</i> 'Fastigiata'
Säulen-Stieleiche	<i>Quercus robur</i> 'Fastigiata'
Säulen-Weißdorn	<i>Crataegus monogyna</i> 'Stricta'
Schwed. Mehlbeere-Sorte	<i>Sorbus intermedia</i> 'Brouwers'
Spitz-Ahorn-Sorten	<i>Acer platanoides</i> 'Columnare' oder 'Globosum'
Winter-Linde-Sorte	<i>Tilia cordata</i> 'Rancho'

**An Kinderspielplätzen und Kindergärten ungeeignete Gehölzarten (Giftige Gehölze):**

Nadelgehölze: Gemeiner Sadebaum, gemeiner Wacholder, Eibe, Lebensbaum

Laubgehölze: Rosmarinheide, Ginster, Seidelbast, Pfaffenhütchen, Efeu, Stechpalme, Berglorbeer, Goldregen, Liguster, Heckenkirsche, Bockshorn, Pieris, Kirschlorbeer, Faulbaum, Kreuzdorn, Robinie, Traubenholunder, Schneebeere, Schneeball, Glycine

HINWEISE:

**Oberflächenwasser**

Die einschlägigen Vorschriften der Wassergesetze (z.B. § 31 WHG, § 2 WHG, §§ 51 ff LWG) gelten unmittelbar und sind auch bei der Planung der Gebäude und Freiflächen zu beachten. Sofern die Lagerung wassergefährdender Stoffe (z.B. Heizöl u.ä.) vorgesehen ist, muss dies gem. § 20 LWG der Unteren Wasserbehörde angezeigt werden.

**Schutz des Bodens**

Der bei Bauarbeiten anfallende Oberboden (Mutterboden) ist schonend zu behandeln und einer sinnvollen Folgenutzung zuzuführen. Auf § 202 BauGB „Schutz des Mutterbodens“ wird ausdrücklich hingewiesen.

**Vermeidung und Entsorgung von Bauabfällen**

Verwertbare Bauabfälle sind wiederzuverwenden. Unbelasteter Bodenaushub ist soweit wie möglich auf dem Baugrundstück selbst unterzubringen. Eine Deponierung hat zu unterbleiben.

**Archäologische Funde**

Bei der Vergabe der Erdarbeiten sind die Baufirmen vertraglich zu verpflichten, den Baubeginn dem Landesamt für Denkmalpflege mitzuteilen.

Sollten bei der Durchführung von Erdarbeiten bisher unbekannte archäologische Funde und Befunde entdeckt werden, sind diese umgehend zu melden. Die Fundstelle ist bis zu vier Werktagen nach der Fundanzeige unberührt zu lassen.

Die Bestimmungen des Denkmalpflegegesetzes sind zu beachten. Danach ist jeder zutage kommende archäologische Fund unverzüglich zu melden, die Fundstelle soweit als möglich unverändert zu lassen und die Funde sorgfältig gegen Verlust zu sichern.

### **Auffüllungen auf den Grundstücken**

Evtl. erforderliche Auffüllungen auf den Grundstücken dürfen nur mit einwandfreiem, nicht verunreinigtem Material erfolgen. Dabei sind sowohl die Vorsorgewerte der Bundesbodenschutzverordnung sowie für Schadstoffe, für die in der BBodSchV keine Vorsorgewerte festgelegt sind, die Zuordnungswerte ZO bis Z1.1 der Technischen Regel der LAGA „Anforderungen an die stofflichen Verwertung von mineralischen Reststoffen/Abfällen“ im Eluat und Feststoffen einzuhalten. Bei der Verwendung von Z1.1-Material ist ein Abstand von 1 m zum höchsten zu erwartenden Grundwasserstand einzuhalten. Die genannten Anforderungen gelten auch als eingehalten, wenn das Bodenmaterial aus natürlich anstehenden Schichten gewonnen wurde, bei der schädliche Kontaminationen aus anthropogenen Einflüssen nicht zu erwarten sind. Ein entsprechender Nachweis ist der SGD Süd – Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Bodenschutz in Neustadt a. d. W. vor Einbau des Auffüllmaterials vorzulegen.

### **Grenzabstände von Pflanzen**

Für die Abstände von Bäumen und Sträuchern von Grenzen, insbesondere zu landwirtschaftlich genutzten Flächen, gelten, soweit im Bebauungsplan nichts anderes festgesetzt ist, §§ 44 und 46 Nachbarrechtsgesetz Rheinland-Pfalz.

Bei Einfriedungen an Wirtschaftswegen muss ein Abstand von 0,5 m eingehalten werden.

## **STÄDTEBAULICHE RAHMENDATEN**

<i>Flächenbezeichnung:</i>	<i>m<sup>2</sup></i>	<i>ha</i>	<i>%</i>
<b>Fläche des Geltungsbereichs</b>	<b>18.310</b>	<b>1,83</b>	<b>100,00</b>
<b>Baufläche gesamt</b>	<b>4.725</b>	<b>0,47</b>	<b>25,80</b>
Gemeinbedarfsflächen	4.725	0,47	25,80
<b>Öffentliche Verkehrsflächen gesamt</b>	<b>5.910</b>	<b>0,59</b>	<b>32,28</b>
Straßenverkehrsflächen	2.525	0,25	13,79
Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung	3.385	0,34	18,49
<b>Landwirtschaftsflächen</b>	<b>5.685</b>	<b>0,57</b>	<b>31,05</b>
<b>Öffentliche Grünflächen</b>	<b>1.990</b>	<b>0,20</b>	<b>10,87</b>

# GESETZESGRUNDLAGEN

---

Als gesetzliche Grundlagen wurden verwendet:

- **Baugesetzbuch (BauGB)**  
In der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509).
- **Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO)**  
In der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466).
- **Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG)**  
In der Fassung der Bekanntmachung vom 26. September 2002 (BGBl. I S. 3830), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 08. April 2013 (BGBl. I S. 734).
- **Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG)**  
Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 21. Januar 2013 (BGBl. I S. 95).
- **Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhaltes (Planzeichenverordnung 1990 - PlanzV)**  
Planzeichenverordnung 1990 vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509).
- **Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)**  
In der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 08. April 2013 (BGBl. I S. 734).
- **Bundesfernstraßengesetz (FStrG)**  
In der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juni 2007 (BGBl. I S. 1206), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585).
- **Denkmalschutzgesetz für das Land Rheinland-Pfalz (DSchG)**  
In der Fassung der Bekanntmachung vom 23. März 1978 (GVBl. S. 159), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 28. September 2010 (GVBl. S. 301).
- **Gemeindeordnung für das Land Rheinland-Pfalz (GemO)**  
In der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Januar 1994 (GVBl. S. 153), mehrfach geändert durch § 142 Abs. 3 des Gesetzes vom 20. Oktober 2010 (GVBl. S. 319).
- **Landesbauordnung für das Land Rheinland-Pfalz (LBauO)**  
In der Fassung der Bekanntmachung vom 24. November 1998 (GVBl. S. 365), zuletzt geändert durch § 47 des Gesetzes vom 09. März 2011 (GVBl. S. 47).
- **Landesgesetz zur nachhaltigen Entwicklung von Natur und Landschaft für das Land Rheinland-Pfalz (Landesnaturschutzgesetz - LNatSchG)**  
In der Fassung der Bekanntmachung vom 28. September 2005 (GVBl. S. 387), zuletzt geändert durch ÄndVO vom 22. Juni 2010 (GVBl. S. 106).
- **Landesstraßengesetz für das Land Rheinland-Pfalz (LStrG)**  
In der Fassung der Bekanntmachung vom 01. August 1977 (GVBl. S. 273), mehrfach geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. März 2013 (GVBl. S. 35).
- **Wassergesetz für das Land Rheinland-Pfalz (Landeswassergesetz - LWG)**  
In der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Januar 2004 (GVBl. S. 54), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23. November 2011 (GVBl. S. 402).
- **Landesnachbarrechtsgesetz für das Land Rheinland-Pfalz (LNRG)**  
In der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Juni 1970 (GVBl. S. 198), mehrfach geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Juli 2003 (GVBl. S. 209).

# VERFAHRENSVERMERKE

1. Aufstellungsbeschluss 15.12.2009  
(§ 1 Abs. 3 und 8, § 2 Abs. 1, § 8 Abs. 2 Satz 1 oder Abs. 3 BauGB)
2. Ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses 07.01.2010  
(§ 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB)
3. Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange mit Aufforderung zur Äußerung über Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung (§ 4 Abs. 1, § 4a Abs. 2 BauGB) 17.01.2011 -  
17.02.2011
4. Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Abs. 1, § 4a Abs. 2 BauGB) 28.01.2011 -  
28.02.2011
5. Beschlussmäßige Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen und Einarbeitung in den Planentwurf mit Begründung und Umweltbericht (inkl. Umweltprüfung und Abhandlung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelungen) (§ 2a, § 1a Abs. 3, § 2 Abs. 4 S. 3, Anlage zu § 2 Abs. 4 und § 2a BauGB) 21.06.2011
6. Auslegungsbeschluss 21.06.2011
7. Ortsübliche Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung mit Angaben darüber, welche umweltbezogenen Informationen bereits vorliegen und mit Hinweis auf formelle Präklusion (§ 3 Abs. 2 Satz 2, § 4a Abs. 6 BauGB) 06.09.2012
8. Öffentliche Auslegung (Planentwurf, Begründung und Umweltbericht) zusammen mit den vorl. umweltbez. Stellungnahmen und Infos für die Dauer eines Monats (§ 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB) 17.09.2012 -  
17.10.2012
9. Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und Benachrichtigung von der Auslegung und Hinweis auf formelle Präklusion (§ 3 Abs. 2 Satz 3, § 4 Abs. 2, § 4a Abs. 2, § 4a Abs. 6 BauGB) 31.08.2012 -  
31.09.2012
10. Prüfung der fristgemäß abgegebenen Stellungnahmen, Abwägungsbeschlüsse (§ 1 Abs. 7 BauGB) 26.03.2013
11. Satzungsbeschluss (§ 10 Abs. 4 BauGB) 26.03.2013
12. Die Kreisverwaltung Kaiserslautern hat den Bebauungsplan mit Bescheid vom AZ: 56/66-17 gemäß § 10 Abs. 2 BauGB genehmigt. 29.05.2013

13. Ausfertigungsvermerk:

Der Inhalt dieser Satzung stimmt mit

- a) den Festsetzungen durch Zeichnung und Text sowie
- b) mit den hierzu ergangenen Beschlüssen des Satzungsgebers (Ortsgemeinde Trippstadt) überein.

Die für die Rechtswirksamkeit erforderlichen Verfahrensvorschriften sind eingehalten worden.

Trippstadt, den .....

Manfred Stahl, Ortsbürgermeister



14. Bekanntmachung, Inkrafttreten (§ 10 Abs. 3 und 4 BauGB)

*Beitrag*

Der Satzungsbeschluss wurde am *29.5.2013* ortsüblich bekanntgemacht. Die Bekanntmachung enthält den Hinweis, dass der Bebauungsplan nebst Begründung ab *29.5.2013*, im Gebäude der Verbandsgemeindeverwaltung Kaiserslautern-Süd, Pirmasenser Straße 62, 67655 Kaiserslautern, Zimmer *59* während der Dienststunden öffentlich ausliegt.

Mit der Bekanntmachung tritt dieser Bebauungsplan gemäß § 10 Abs. 3 BauGB in Kraft.

Trippstadt, den .....

*[Signature]*  
Manfred Stahl, Ortsbürgermeister



*[Signature]*  
**FERTIGUNG**  
**GENEHMIGT**

m. Verf. vom *29.5.2013*

Az.: 5/610-13- *Trippstadt*

Kaiserslautern

den *29.5.2013*

**Kreisverwaltung**



*[Signature]*